

Waltrop

## **Dicke Luft um Gehalt im AWO-Zentrum**

Von Jörn Hartwich WALTROP. Es geht nicht um sonderlich viel Geld, dafür aber ums Prinzip. Seit Monaten schwelt in den Häusern der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ein erbitterter Mitbestimmungsstreit. Gestern erreichte auch ein Fall aus Waltrop das Herner Arbeitsgericht. -

Es geht um eine Mitarbeiterin aus dem Käthe-Engelhaupt-Seniorenzentrum. Sie ist eine von vielen AWO-Beschäftigten, die in Teilbereichen des Gehalts - z.B. bei der Schichtzulage - plötzlich sieben Prozent weniger verdienen sollen als früher.

Die AWO im Bezirk Westliches Westfalen hatte diese Regelung im Jahr 2006 einseitig eingeführt, war damit aber auf massiven Widerstand gestoßen. Die Betriebsräte der betroffenen AWO-Häuser strengten sofort Verfahren vor den Arbeitsgerichten an. So auch im Fall der Waltroperin. Ihre Argumentation: Die Arbeitgeber hätten sie bei der Entscheidung mit einbeziehen müssen.

Doch das ist möglicher Weise nicht der Fall. Zumindest die 4. Kammer des Herner Arbeitsgerichtes gab der AWO gestern Recht. Der Vorsitzende Richter signalisierte, dass er die Klage der Betriebsräte des Käthe-Engelhaupt-Seniorenzentrums abweisen wird. Seiner Meinung nach war die Gehaltskürzung bei den Zulagen nicht mitbestimmungspflichtig, was der Rechtsvertreter der AWO mit Wohlgefallen entgegen nahm: "Wir haben Recht bekommen". Nach seinen Informationen laufen innerhalb des AWO-Bezirks Westliches Westfalen über 200 Einzelklagen an verschiedenen Arbeitsgerichten.

Dabei geht es im Einzelfall angeblich um Beträge zwischen 30 und 50 Euro pro Monat. Trotz der Entscheidung am Arbeitsgericht in Herne ist das letzte Wort in dieser Sache aber noch nicht gesprochen. Der Mitbestimmungsstreit bei der AWO soll auf jeden Fall in die nächste Instanz getragen werden.



## **AWO Tarifkonflikt 2006/2007: Nur die ver.di-Mitgliedschaft sichert deine Tarifansprüche!**

Die AWO hat schon im Januar 2006 bundesweit alle derzeit gültigen Tarifverträge zum 31.12.2006 gekündigt! Jetzt, Anfang Dezember 2006, ist klar: Die Verhandlungen mit dem AWO-Arbeitgeberverband kommen nicht voran. Einen neuen, gültigen Tarifvertrag wird es bis zum 31.12.06 nicht geben.

### **Welche Folgen hat das für ver.di-Mitglieder in NRW?**

Das Tarifvertragsgesetz regelt im § 4 Abs. 5, dass nach der Kündigung eines Tarifvertrages seine Rechtsnormen weiter gelten, bis sie durch eine andere Abmachung ersetzt werden.

**Das bedeutet: Mitglieder der tarifschließenden Gewerkschaft, also ver.di-Mitglieder, haben auch nach der Kündigung der Tarifverträge einen Rechtsanspruch auf alle Leistungen aus den Tarifverträgen, und zwar in der Fassung, die zum Ende der Kündigungsfrist, also zum 31.12.2006, Gültigkeit hat. Das nennt man „Nachwirkung“.**

**Für alle, die noch nicht Mitglied in ver.di sind, heißt das:**

**Nur wer bis zum 31.12.2006 ver.di Mitglied wird, sichert seine Ansprüche!!!**

Wir wissen, dass einige AWO-Arbeitgeber den Beschäftigten versprochen haben, es würde sich auch nach dem 31.12.06 nichts ändern. „Nur“ die Löhne/Gehälter der Neueingestellten würden um 7% gesenkt. – Schlimm genug! – ver.di sagt: : Auf ein bloßes Versprechen ist rechtlich kein Verlass! Schon morgen kann sich die Meinung des Arbeitgebers drehen! Darum ist es besser für jede/n, sich durch Beitritt zu ver.di die Nachwirkung der Tarifverträge rechtlich zu sichern!

**Wichtig ist, jetzt und auch nach dem 31.12.06 keinen neuen Arbeitsvertrag - auch keinen Änderungsarbeitsvertrag - zu unterschreiben.** Das ist nämlich auch eine neue Abmachung! Die Kündigung der Tarifverträge ist kein rechtlicher Grund für den Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages oder die Veränderung des bisherigen Arbeitsvertrages. Sollte es dennoch zu Problemen kommen, bieten die zuständigen ver.di-Bezirke Beratung und Rechtsschutz für ver.di- Mitglieder.

**Nur eine mitgliederstarke Gewerkschaft kann den Kampf um gute Tarifverträge gewinnen!  
Deshalb: Werdet jetzt Mitglied der Gewerkschaft ver.di und macht aktiv mit!**



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft



Die AWO fordert Absenkungen in einem Umfang von ihren Beschäftigten, der einem Verband wie der AWO, der sonst in der Öffentlichkeit Sozialdumping anprangert, unwürdig sind.  
Hier die wesentlichsten Verschlechterungen, wie sie die AWO gern hätte:

| AWO Forderungen  | Zur Zeit gültiger Tarifvertrag  | Auswirkungen  |
|--|---|---|
| Arbeitszeit: 42 Stunden  | 38,5 Std. West bzw. 40 Stunden Ost  | 9,1% bzw. 5,2% längere Arbeitszeit  |
| Verpflichtung zu geteilten Diensten  | nicht geregelt  | Mehrfache An- und Abfahrt   |
| Überstunden: nach Ablauf eines Jahres  | nach Ablauf der darauf folgenden Woche bzw. nach 4 Wochen   | Überstunden praktisch zuschlagsfrei   |
| Kein Ersatzruhetag für Feiertagsarbeit   | Freizeitausgleich und/oder Zeitzuschläge  | Verstoß gegen § 11 Abs. 3 Arbeitszeitgesetz   |
| Sonntagsarbeit: 10 freie Sonntage im Jahr  | mindestens 26 freie Sonntage im Jahr  | Streichung von 16 freien Sonntagen  |
| Arbeitsbefreiung: nur noch maximal 4 Tage  | 6 Tage zzgl. Arbeitsbefreiung bei Erkrankung von Kindern jeweils bis zu 4 Tagen. Freistellung für Tarifverhandlungen ohne zeitliche Begrenzung. Sitzungen für gewählte Gewerkschaftsvertreter/-innen bis zu 14 Tagen. | Wegfall von bis zu 20 Tagen Freistellung  |
| Wegfall Schicht- und Wechselschichtzulagen   | 102,26 Euro, 46,02 Euro, 35, 79 Euro monatlich  | Wegfall der entsprechenden Zulagen (bis zu 1.227,12 Euro jährlich)  |
| Kein Zusatzurlaub für Nachtarbeit  | pro 130 geleistete Nachtarbeitsstunden 1 Urlaubstag (max. 5 Arbeitstage)  | bis zu 5 Tage zusätzliche Arbeit  |
| Erholungsurlaub: 27 Tage für alle  | 27, 29, 30 Tage je nach Alter   | Urlaubs Kürzungen für alle über 30-Jährigen   |
| Keine Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit  | Zwischen 25% und 35% bzw. 1,28 Euro   | z.B.: bei 40 Nachtarbeitsstunden 51,20 Euro, bei 16 Sonntagsarbeitsstunden 52,00 Euro und 8 Feiertagsstunden 36,40 Euro Verlust. Gesamt 139,60 Euro monatlich |
| Kein Urlaubsgeld   | 332,34 Euro bzw. 255,65 Euro  | Wegfall   |
| Kein Weihnachtsgeld  | zur Zeit 82,14 %  | Wegfall   |
| Keine Vermögenswirksamen Leistungen  | 6,65 Euro bzw. 13,29 Euro pro Monat   | Verlust   |
| Keine zusätzliche Altersversorgung   | Eigenständige tarifliche Regelung   | Erhebliche Einkommensverluste im Alter  |
| Bei Arbeitsunfähigkeit: Vorlage der Bescheinigung bereits am folgenden Arbeitstag  | Ab dem 4. Arbeitstag  |   |
| Entgeltfortzahlung nach Gesetz   | 6 Wochen Lohnfortzahlung, danach Zuschuss je nach Beschäftigungszeit bis zu 26 Wochen   | Wegfall des Zuschusses  |
| Kündigungsfristen: nur noch gesetzliche Regelungen, Zeiten vor dem 25. Lebensjahr werden nicht berücksichtigt (immer Monatsende) | Fast durchgängig zum Quartalsende   | Kürzere Kündigungsfristen, weniger Sicherheit   |

## Beitrittserklärung

**ver.di** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

### Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr \_\_\_\_\_

### Persönliche Daten:

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamter/in  DO-Angestellte/r

Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstnd. \_\_\_\_\_

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Branche \_\_\_\_\_

ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_

Monat/Jahr \_\_\_\_\_ Monat/Jahr \_\_\_\_\_

### Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte  zum Monatsende

monatlich  halbjährlich

vierteljährlich  jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsbezugsverfahren\* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. \*(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjaar, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_

Euro \_\_\_\_\_

Monatsbeitrag: Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Ziviliensteleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

### Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

### Werber/in:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

## Awo kündigt Tarif: Lauter Protest der Mitarbeiter

09/01/06  
WAZ 30/10/06  
W. Cremer

### Beschäftigte und Verdi kamen zur Konferenz

Symbolischer hätte es nicht sein können. „So sieht es aus: Die Herren der Geschäftsführung sitzen im Trockenen, während die Arbeitnehmer im Regen stehen“, sagte Wolfgang Cremer von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Samstagmorgen.

Pünktlich zur Regionalkonferenz der Arbeiterwohlfahrt (Awo) begann es zu regnen. Das schreckte die rund 300 Beschäftigten der Awo nicht ab, gegen die Kündigung ihres Manteltarifvertrages zu protestieren. Mit Trillerpfeifen und Plakaten standen sie vor der Awo-Einrichtung an der Grenzstraße und begrüßten die Chefetage mit lauten Rufen: „Was wir wollen? - Tarifvertrag!“

Der Sozialverband hat alle Tarifverträge für seine Arbeitnehmer zum Jahresende gekündigt und weigert sich, einen neuen, bundesweit einheitlichen Tarifvertrag abzuschließen. „Somit fallen Ur-

**„Alles wird teurer und  
der Lohn wird weniger“**

laubs- und Weihnachtsgeld weg und Sonderleistungen, wie beispielsweise Nachzuschläge, werden gekürzt. Außerdem soll es eine 42-Stunden-Woche geben“, erklärte Cremer die Lage der Arbeitnehmer. Neuangestellte bekommen bald von Anfang an sieben Prozent weniger Lohn.

„Ich bin in einer Großküche beschäftigt, habe Familie und kann auf die Bezüge nicht verzichten“, sorgt sich Doris Andersch. Außerdem befürchtet sie, dass die Küche, wie es zum Beispiel in einer Einrichtung im Sauerland schon geschehen ist, ausgegliedert werden könne. Auch Altenpflegerin Monika Küssner ist von den Kürzungen betroffen. „Qualität hat ihren Preis“ prangt auf ihrem Schild. „Alles wird teurer und das Einkommen wird weniger“, sagt sie.

Die Awo-Chefetage versteht die Angst der Mitarbeiter und versichert, die Unterschriftenliste „mit Ernst entgegenzunehmen“. Aber die Regionalkonferenz sei nicht der richtige Ort, um darüber zu diskutieren. „Das machen wir später“, so Awo-Bundesvorsitzende **Wilhelm Schmidt**. **nlk**

An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
der AWO-Regionalkonferenz am 28.10.2006  
in Gelsenkirchen



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft  
Landesbezirk NRW

Fachbereich 3  
Gesundheit,  
Soziale Dienste,  
Wohlfahrt und Kirchen

**Wir bitten Sie:**

**Machen Sie die Arbeits- und Tarifsituation  
der AWO-Beschäftigten heute  
zum Thema der Regionalkonferenz!**



**Soziale Arbeit hat ihren Preis!  
Für einen starken  
Sozialverband Arbeiterwohlfahrt  
mit guten Tarifverträgen!**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich Ihrer heutigen Beratungen über die Zukunft der Arbeiterwohlfahrt und der darin arbeitenden Menschen informieren wir Sie über Hintergründe, die für Ihre Diskussionsbeteiligung und Entscheidungsfindung wichtig sind.

Politiker versprechen in Sonntagsreden gute soziale Arbeit für Kinder, alte Menschen, sozial Schwache und viele andere Gruppen, die es schwer haben. Gute soziale Arbeit ist aber ohne Geld nicht machbar! Die Sozialverbände in Deutschland, allen voran die Arbeiterwohlfahrt (AWO), müssten eigentlich mit ver.di die Erfüllung der Sonntagsversprechen durch konkrete Verbesserungen fordern. ver.di befürwortet eine neue Wettbewerbsordnung durch einen gemeinsamen und einheitlichen Tarifvertrag für alle Beschäftigten in der sozialen Branche, egal ob sie im öffentlichen Dienst, beim DRK, in der AWO oder bei privaten Trägern tätig sind. Der Wert sozialer Arbeit muss in unserer Gesellschaft neu diskutiert werden. Es kann nicht sein, dass viele Milliarden Euro von den Armen zu den Reichen umverteilt werden und die Armen und sozial Schwachen dann zu Niedrigtarifen hochwertig betreut, versorgt und beraten werden. Das kann kein Sozialverband leisten, das schaffen aber auch die Beschäftigten nicht. Sie brauchen Arbeits- und Einkommensbedingungen, die in Tarifverträgen verbindlich geregelt sind. Etliche AWO-Verbandsvertreter/innen sind der Meinung, man müsse sich den politischen Rahmenbedingungen jetzt anpassen, sie akzeptieren wie sie sind. Viele in der AWO wollen aber protestieren und nicht auf Teufel komm raus kürzen und sparen. Die Qualität der AWO-Leistungen soll erhalten bleiben. Dazu sagt ver.di ja! Dazu gehören aber auch qualifizierte Beschäftigte, die nicht zum Spielball zwischen Politik und Verband werden.

**Sie wissen, dass der AWO-Bundesverband alle Tarifverträge für die Beschäftigten zum 31.12.2006 gekündigt hat?**

Offenbar soll ein Wettbewerbsvorteil auf dem Rücken der Beschäftigten durch „Billigtarifverträge“ hergestellt werden. Einen bundesweit einheitlichen AWO-Tarifvertrag wollen etliche AWO-Verantwortliche nicht mehr. Durch massive Lohn- und Gehaltsabsenkungen, Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden, Kürzung des Urlaubsanspruchs und Wegfall von

Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld soll die Abwärtsspirale für Beschäftigte in sozialen Berufen noch mehr in Schwung gebracht werden. Ausgerechnet bei der Arbeiterwohlfahrt! Statt Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, werden durch Arbeitszeitverlängerung viele tausend Arbeitsplätzen vernichtet.

**Sie ahnen: die Änderungen der AWO-Verbandsstruktur haben zur Folge, dass die AWO als Sozialverband im Sinne der AWO-Tradition kaum noch erkennbar ist?**

Die Unternehmen der AWO (Kindertagesstätten, Seniorenzentren, Altenpflegeheime, Qualifizierungsgesellschaften, Beratungsstellen usw.) sollen als Wirtschaftsunternehmen nichts mehr mit den Idealen des Sozialverbandes zu tun haben. Das soziale Herz der AWO wird auf dem Altar des politischen Drucks aus dem neoliberalen Lager und zu Gunsten unmenschlicher Marktmechanismen geopfert.

**Ist das noch die AWO, der Sie Ihre Unterstützung geben, in der Sie Ihre wertvolle ehrenamtliche Arbeit leisten wollen?**

Die Beschäftigten in den AWO-Einrichtungen leisten sehr viel hochwertige Arbeit. Das tun sie jeden Tag, auch sonntags und an Feiertagen, oft rund um die Uhr. Dafür brauchen sie aber auch gute Arbeits- und Bezahlungsbedingungen.

**Ihnen ist bewusst, dass mit der Satzungsänderung durch die außerordentliche AWO-Bundeskonferenz im November 2005 die Bindung der AWO-Gliederungen an den AWO-Bundesmanteltarifvertrag aufgegeben wurde?**

Jede AWO-Gliederung soll nun ab 1.1.2007 selbst Tarifverträge abschließen oder sich dem AWO-Arbeitgeberverband Deutschland anschließen. Viele AWO-Arbeitgeber wollen die „günstige Gelegenheit“ nutzen, um gar keinen Tarifvertrag mehr anzuwenden. Schon jetzt werden die Löhne und Gehälter von Neueingestellten in ganz NRW um 7% abgesenkt. Nur wenige AWO-Arbeitgeber sind Vollmitglied im Arbeitgeberverband. Viele lehnen die Vorgehensweise gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Diese Spaltung unter den AWO-Arbeitgebern kann in kürzester Zeit zu einem „Häuserkampf“ in der AWO führen. ver.di wird nicht zulassen, dass es keine gültigen Tarifverträge mehr geben soll. ver.di wäre gezwungen, einen Arbeitskampf in Ihrem Ortsverein, Ihrem Seniorenzentrum, Ihrer Kita, Ihrer Sozialstation, Ihrer Qualifizierungsgesellschaft zu führen. Das muss nicht so sein. Es gibt bessere Lösungen:

- **Alle AWO Arbeitgeber sollen sich im AWO – Arbeitgeberverband Deutschland organisieren, um mit uns einen guten bundesweiten Flächentarifvertrag für alle AWO Beschäftigte abzuschließen, der den Wert der sozialen Arbeit durch gute Arbeits- und Einkommensbedingungen anerkennt!**

Die AWO darf nicht zu einem Billig-Verband verkommen! Auf unserem Tarifvertrag darf nicht nur AWO draufstehen, es muss auch AWO als Sozialverband drin sein! Heute übergeben wir Ihren hochrangigen Verbandsvertretern, den Herren Saatkamp und Johnson, rund 4.000 Unterschriften von Menschen, die unsere Forderungen unterstützen.

**Wir bitten Sie:**

**Lassen Sie nicht zu, dass der soziale Friede in Ihrem Verband endgültig gebrochen wird! Unterstützen auch Sie unsere Forderungen an allen Stellen innerhalb des Verbandes, die Ihnen zur Verfügung stehen!**

**Machen Sie unser Anliegen heute zum Thema.**

**Mit freundlichen Grüßen**

**Ihre AWO-Beschäftigten und Ihre Gewerkschaft ver.di**

# Aufruf an alle Beschäftigte der AWO in NRW

- **AWO - Demo in Gelsenkirchen**  
**am 28.10.06**

infopost



## **Sozialabbau, Dumpinglöhne, Ausgliederungen, Tarifflicht:**

### **Das geht besser. Aber nicht von allein!**

Es kommt immer dicker.

Nach der Kündigung aller Tarifverträge durch die AWO zum 31.12. diesen Jahres will jetzt die Regierung auch noch in eure Taschen greifen. Durch die Gesundheitsreform drohen schlechtere Leistungen und Zusatzbeiträge. Rente gibt's erst ab 67. Durch die Mehrwertsteuererhöhung werden 30 Millionen Euro bei der Bevölkerung, bei euch, abkassiert. Das Arbeitslosengeld II wird noch mal gesenkt. Davon kann sowieso schon niemand leben! Und in den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs soll es heißen: Arbeit ohne Kündigungsschutz.

„Das geht besser.“

Das sagen die Gewerkschaften im DGB, das sagt ver.di auch der AWO!

Aber nicht von allein!

Eure Gegenwehr ist jetzt angesagt.

Am Samstag, dem 28.10.2006, protestieren wir von 8.00 bis ca. 10.00 Uhr vor einer AWO-Regionalkonferenz in 45881 Gelsenkirchen, Grenzstraße 47 (Räume des AWO-Unterbezirk Gelsenkirchen/Bottrop) für den AWO-Tarifvertrag. Wir fordern gute Arbeits- und Einkommensbedingungen!

Wir werden den AWO-Verbandsvertreter/innen die dafür gesammelten Solidaritätsunterschriften übergeben.

Wir bitten für die Anreise um Bildung von Fahrgemeinschaften oder den gemeinsamen Kauf von Gruppentickets für den ÖPNV. Die anschließende Abrechnung und Rückerstattung für ver.di-Mitglieder erfolgt über Heike Kromrey, ver.di- Bezirksverwaltung Dortmund.

## **Kommt am 28.10. nach Gelsenkirchen!**

**Macht euch stark:  
Für soziale Sicherheit und gute  
Tarifverträge!**



Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft



# Uns reicht's!

- Kündigung des Übergangstarifvertrags zum 31.12.2006
- 7-prozentige Lohnabsenkung für neue MitarbeiterInnen
- Ausgliederung von Betriebsteilen jetzt auch im Bezirk Westliches Westfalen ...

## Kommt alle am 1. September zur Kundgebung nach Recklinghausen!

**16.00 Uhr vor dem Rathaus  
Rathausplatz, 45657 Recklinghausen**

**Gegen Sozialabbau und Tariffucht bei der Arbeiterwohlfahrt!**



*Gesundheit, Soziale Dienste  
Wohlfahrt und Kirchen*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**



## Verdi: Bei der AWO extremer als anderswo

Lünen. (mw) "Herzlos in die Zukunft" titelt die Gewerkschaft Verdi. Einen heißen Herbst prophezeit Gewerkschaftssekretärin Heike Kromrey, in Dortmund zuständig auch für die AWO-MitarbeiterInnen in Lünen.

Denn: Das jüngst veröffentlichte Tarifangebot der AWO, das neben der 42-Stunden-Woche und der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld auch vorsehe, Nachtarbeit erst ab 23 Uhr als solche zu vergüten, nur noch 10 freie Sonntage für WochenendarbeiterInnen einzuräumen, Kündigungsfristen zu verkürzen und gar erst ab 26 bzw. 27 Jahren gelten zu lassen - wie in Frankreich gerade abgeschmettert - etc. sei selbstredend inakzeptabel. Was Kreis-AWO-Geschäftsführer Peter Resler dazu sagt, war gestern nicht zu erfahren.

"Wir als Verdi werden bei der AWO nicht unterhalb des Tarifvertrags im Öffentlichen Dienst abschließen", kommentiert Kromrey das just vorgelegte Gegenangebot. Im Oktober wird verhandelt, "den ersten richtigen Tarifkonflikt" für die AWO kündigt sie an.

Nicht eben überrascht zeigte sich Annette Stirnberg, seit Mai Betriebsrätin der AWO-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Kreis Unna (rund 500 waren es bei der Betriebsratswahl im Mai), über den Arbeitgebervorschlag. Dennoch: Ihn schwarz auf weiß am Frühstückstisch in der Zeitung zu lesen, sei etwas anderes, als die ständig wechselnden Informationen.

"Wir befinden uns in einer Übergangsphase", sagt sie. Derzeit sei man vor allem mit den neuen Beschäftigungsverträgen befasst. 7 Prozent weniger Lohn zahlt die AWO, die den Tarifvertrag zum 1. Dezember 2006 gekündigt hat, den neuen MitarbeiterInnen. Heike Kromrey weiß: "All diese Verträge der AWO liegen beim Arbeitsgericht." Die Betriebsräte hätten der Einstellung zugestimmt, nicht aber der Vergütung.

"Bei der AWO ist was los", sagt Kromrey, "extremer als in jedem anderen Bereich." In den Seniorenzentren werde grundsätzlich nur noch befristet eingestellt, die AWO betreibe Tariffucht durch Gründung tarifloser Tochterunternehmen. "Über allen schwebt das Damoklesschwert des Arbeitsplatzverlusts", sagt Annette Stirnberg. Das verändere die Basis. Dies sei kein politisches Statement, sondern einfach Wahrnehmung. "Hartz IV ist ein Schreckgespenst." "Außen hui, innen pfui", betitelt Verdi den Protest beim AWO-Familienfest am 1. September in Recklinghausen.

30.8.06

Westfälische Rundschau  
- Titelseite -

Tarifverträge bundesweit gekündigt

## **Awo will Lohn-Verzicht und längere Arbeitszeit**

Eigener Bericht

Düsseldorf/Siegen. Die Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt (Awo) sollen auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten und wöchentlich 42 Stunden arbeiten.

Dies sieht nach Informationen der Gewerkschaft verdi das neue Tarifangebot der Awo vor. Deren Arbeitgeberverband hat bundesweit zum 31. Dezember 2006 alle Tarifverträge gekündigt. Das neue

Angebot sehe zudem eine Verkürzung des Urlaubsanspruchs und den Wegfall des Kündigungsschutzes vor, sagte eine verdi-Sprecherin der WR. Die Gewerkschaft spricht von „Sozialabbau und Tarifflucht in einem der größten Wohlfahrtsverbände Deutschlands“. Verdi vermutet einen knallharten Preiskampf bei den sozialen Trägern als Hintergrund. Ein erstes Tarifgespräch sei ergebnislos verlaufen.

Allein in Südwestfalen sind über 1100 Awo-Beschäftigte betroffen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ruft zu einer Protestaktion beim Awo-Familienfest am 1. September in Recklinghausen auf.



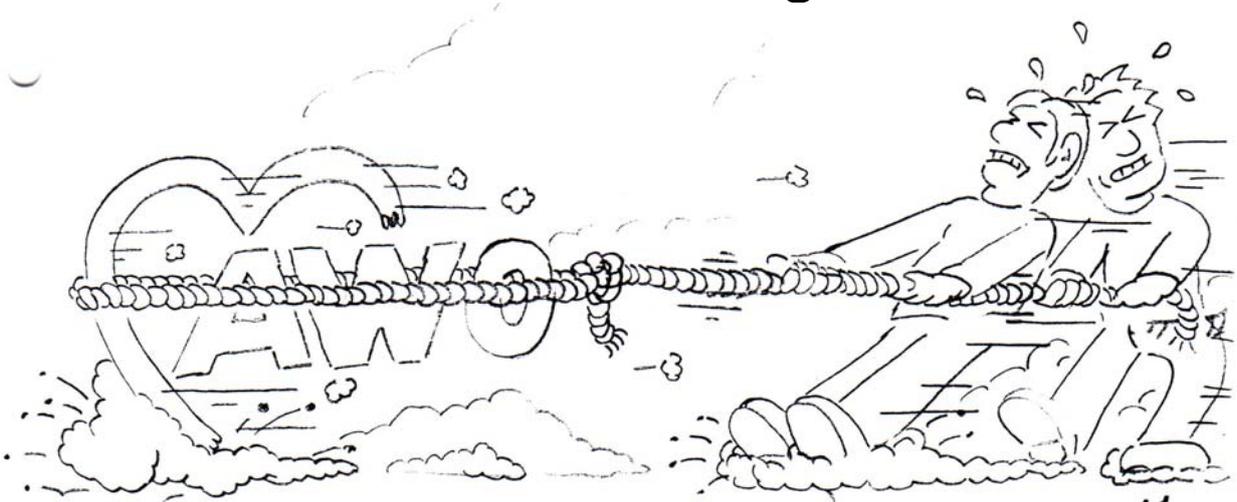
**Kommt alle zur Kundgebung!**

am 01. April 2004

um 13.00 Uhr

vor dem Erna- David-Zentrum

**Wir wollen unseren Tarifvertrag wieder haben!**



**Gegen Lohndumping bei der Arbeiterwohlfahrt**

Beschäftigte sollen für immer weniger Geld und bei immer besserer Qualität immer mehr leisten.

Durch die Kündigung der Tarifverträge (BMT-AW II) setzt sich die AWO an die Spitze der Arbeitgeber, die Tarifabsenkungen betreiben. Nach dem Motto „Bist Du billig, muss ich es noch billiger machen“ werden andere Wohlfahrtsverbände dem Beispiel der AWO folgen, so dass sich die Lohnspirale immer weiter nach unten bewegen wird.

Ab dem 1. April kann der Arbeitgeber mit neu einzustellenden Kolleginnen und Kollegen machen, was er will. Sie sollen Arbeitsverträge erhalten, nach denen sie bis zu einem Viertel weniger verdienen. Danach werden alle bestehenden Arbeitsverträge überprüft und – soweit dies möglich ist – verändert. Und was geschieht mit dem Rest? Was kommt dann? Wird dann ausgründet und privatisiert, damit sich irgendwann einmal keiner mehr auf die Geltung des alten Tarifvertrag der AWO berufen kann?

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Wehrt Euch, leistet Widerstand!

**Denn wer kämpft kann verlieren.  
Wer nicht kämpft hat schon verloren.**